

RS Vfgh 2019/2/28 G319/2018 ua

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 28.02.2019

Index

10/04 Wahlen

Norm

B-VG Art140 Abs1 Z1 lit a

EMRK 1. ZP Art3

NRWO 1992 §22 Abs1

Europa-WählerevidenzG §3 Abs1

StPO §446a

VfGG §7 Abs1

Leitsatz

Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung von Teilen von Bestimmungen der NRWO und des EuWEG;
Ausschluss vom Wahlrecht bei strafgerichtlich Verurteilten durch gerichtliche Einzelfallentscheidung unter
Bedachtnahme auf die Art und Schwere der begangenen Straftat und das Verhalten des Täters liegt im
rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

Rechtssatz

Kein Eingehen (vgl VfGH 04.10.2018, G62/2018) auf die Bedenken, dass die angefochtenen Wortfolgen gegen das
Legalitätsprinzip des Art18 Abs1 B-VG verstießen, weil es der Gesetzgeber unterlassen habe, nähere Determinanten
für die Ermessensübung bei der Entscheidung über den Ausschluss vom Wahlrecht festzulegen: Vor dem Hintergrund
des Bedenkens stehen die angefochtenen Wortfolgen in einem untrennbaren Zusammenhang mit dem jeweils letzten
Halbsatz in diesen Bestimmungen, wonach der Verurteilte "vom Gericht (§446a StPO) unter Zugrundelegung der
Umstände des Einzelfalls vom Wahlrecht ausgeschlossen werden [kann]". Das OLG hätte daher jedenfalls den
gesamten §22 Abs1 NRWO und §3 Abs1 EuWEG und die damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden
Bestimmungen (§22 Abs2 NRWO, §3 Abs2 EuWEG, §446a StPO) anfechten müssen.

Kein Verstoß der angefochtenen Wortfolgen gegen Art3 des 1. ZPEMRK:

Der VfGH erachtete in VfSlg 20135/2017 die Regelungen des §22 NRWO bzw des §3 EuWEG, jeweils idFBGBl I 43/2011,
im Zusammenhang mit den Übergangsregelungen für vor dem 01.10.2011 verurteilte Personen unter Zugrundelegung
der Rsp des EGMR und des EuGH als innerhalb des dem Gesetzgeber bei Einschränkungen des Wahlrechtes
zustehenden (weiten) rechtspolitischen Gestaltungsspielraums liegend.

Der VfGH sieht sich nicht veranlasst, von dieser Rsp abzugehen. Die in dieser Entscheidung zur Verfassungskonformität
des automatischen Ausschlusses vom Wahlrecht angestellten Überlegungen gelten umso mehr für jene Regelungen,
die auf nach dem 01.10.2011 verurteilte Personen zur Anwendung gelangen und den Ausschluss vom Wahlrecht nur
bei einer gerichtlichen Einzelfallentscheidung vorsehen, die als Nebenstrafe im Rahmen der Strafzumessung zu
verhängen ist. Der behauptete Verstoß gegen Art3 des 1. ZPEMRK liegt somit nicht vor.

Entscheidungstexte

- G319/2018 ua
Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 28.02.2019 G319/2018 ua

Schlagworte

Wahlen, Wählerevidenz, Wahlrecht aktives

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:2019:G319.2018

Zuletzt aktualisiert am

06.08.2020

Quelle: Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at